

Medieninformation

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen
Zusammenhalt

Ihr Ansprechpartner
Juliane Morgenroth

Durchwahl
Telefon +49 351 564 55055
Telefax +49 351 564 55060

presse@sms.sachsen.de*

21.06.2022

7. Jahreskonferenz des Demokratie-Zentrums Sachsen

**Staatsministerin Köpping: »Prozesse und Akteure vor Ort
weiter stärken, um Selbstwirksamkeit und ein demokratisches
Selbstbewusstsein nachhaltig zu fördern«**

Zum ersten Mal seit Beginn der Pandemie kamen heute in Chemnitz bei der diesjährigen Jahreskonferenz die Partnerinnen und Partner des Demokratie-Zentrums Sachsen, die engagierte Zivilgesellschaft sowie Vertreterinnen und Vertreter staatlicher Institutionen wieder in Präsenz zusammen. Etwa 160 Personen folgten der Einladung nach Chemnitz.

Zahlreiche Workshops und Vorträge widmeten sich in diesem Jahr unter anderem den Schwerpunktthemen: Demokratiestärkung bei Kindern und Jugendlichen, rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz, Antisemitismus & Verschwörungserzählungen sowie Protestformen in der Demokratie. Im Fachgespräch zum Thema "Der Staat als Feindbild – Stecken staatliche Institutionen in einer Vertrauenskrise?" diskutierten Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft, Zivilgesellschaft sowie Landes- und Sicherheitsbehörden über die Bedeutung von Vertrauen in einer Demokratie.

Staatsministerin Köpping: »Unser Ziel muss es sein, das Vertrauen in staatliche Institutionen zu stärken und da, wo es abhandengekommen ist, wiederaufzubauen. Deswegen werden wir nicht nachlassen, unsere Maßnahmen im Bereich der Demokratieförderung und Extremismusprävention weiter auszubauen – auch um zu verhindern, dass bewusst verbreitete Desinformationen unser demokratisches Gemeinwesen weiter angreifen. Zudem werden wir Prozesse und Akteure vor Ort über das Demokratie-Zentrum Sachsen und das Landesprogramm Weltoffenes Sachsen weiter stärken, um Selbstwirksamkeit und ein demokratisches Selbstbewusstsein nachhaltig zu fördern.«

Im Rahmen der Jahreskonferenz fand heute zudem die erste Anhörung von Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft zur

Hausanschrift:
**Sächsisches Staatsministerium
für Soziales und
Gesellschaftlichen
Zusammenhalt**
Albertstraße 10
01097 Dresden

www.sms.sachsen.de

Zu erreichen mit den
Straßenbahnlinien
3, 7, 8 Haltestelle Carolaplatz.

* Kein Zugang für verschlüsselte
elektronische Dokumente. Zugang
für qualifiziert elektronisch signierte
Dokumente nur unter den auf
www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html
vermerkten Voraussetzungen.

Umsetzung des Gesamtkonzepts gegen Rechtsextremismus der sächsischen Staatsregierung statt. Das Gesamtkonzept wurde Ende 2021 vom sächsischen Landtag beschlossen und verfolgt das Ziel, ein sicheres und freies Leben für alle Menschen im Freistaat Sachsen sowie ein friedliches Miteinander in einer offenen und freien Gesellschaft zu gewährleisten. Dafür wurden bereits im Erarbeitungsprozess zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure eingebunden. Die Anhörung im Rahmen der Jahreskonferenz bot für die Zivilgesellschaft eine erneute Möglichkeit, sich in der Ausgestaltung des Konzepts zu beteiligen. Die Anmerkungen und Hinweise fließen in die Überarbeitung und Aktualisierung des Gesamtkonzepts ein.

Staatsministerin Köpping: »Die Entwicklungen im Bereich des Rechtsextremismus, aber auch im nun neu eingeführten Phänomenbereich der verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates, sind eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ihnen muss durch nachhaltige Handlungsansätze der Staatsregierung in der Demokratiewerk und der Extremismusprävention entgegengewirkt werden. Das Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus enthält die klare Botschaft, dass Staat und Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechtsextremismus gemeinsam an einem Strang ziehen müssen.«

Die zweitägige Konferenz wird am morgigen 22. Juni digital fortgesetzt.

Schwerpunkte am zweiten Tag der Konferenz sind unter anderem digitale Hassrede, Reichsbürger sowie rechtsextreme Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Russland-Ukraine-Krieg.

Weitere Informationen:

Im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!« wurden in den letzten Jahren in allen Bundesländern Landesdemokratiezentren eingerichtet. Diese entwickeln Strategien zur Unterstützung von demokratischem Engagement auf Landesebene und stärken die Rahmenbedingungen für lokale Akteure, die sich für eine pluralistische Gesellschaft sowie gegen Extremismus und jede Form von Demokratiefeindlichkeit einsetzen. Sie vernetzen die lokalen Akteure und sorgen so für einen Praxis- und Erfahrungstransfer im jeweiligen Bundesland.

Das Demokratie-Zentrum Sachsen wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!«. Das Bundesprogramm »Demokratie leben!« fördert bereits seit 2015 Projekte, die sich für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit einsetzen. Im Januar 2020 begann die zweite Förderperiode des Bundesprogramms (2020 - 2024). Diese Maßnahme wird zudem mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Kontakt:

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Demokratie-Zentrum Sachsen, Albertstr. 10, 01099 Dresden, Tel. 0351 56454-999,

E-Mail: lks-dz@sms.sachsen.de, www.demokratiezentrum.sachsen.de